

## A7NEU 7. Kapitel: Finanzen

Antragsteller\*innen:

### 1168 Kapitel Finanzen

1169 Wir GRÜNE wissen, dass eine nachhaltige Finanzpolitik die Grundlage für den  
1170 politischen Handlungsspielraum von Gemeinderat und Verwaltung ist. Allerdings  
1171 wird in Mannheim nach wie vor das Mantra des Verbots der Nettoneuverschuldung  
1172 gepredigt. Dies bedeutet aber, dass faktisch viele wichtige Investitionen sowie  
1173 Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden und die  
1174 Mannheimer Infrastruktur leidet. Wir GRÜNE wollen den Sanierungsstau auflösen  
1175 und als erstes die versteckte Verschuldung, auch implizite Verschuldung genannt,  
1176 abbauen.

### 1177 Handlungsspielraum bei Sanierungen und Instandhaltungen

1178 Es gibt bei Straßen, Brücken, Schulen und anderen Gebäuden einen großen  
1179 Rückstand bezüglich Sanierung und Instandsetzung. Hier wollen wir ansetzen und  
1180 die Mannheimer Infrastruktur sanieren und modernisieren. Teilweise verliert  
1181 unsere Infrastruktur massiv an Wert, wenn nicht umgehend investiert wird. Gerade  
1182 in Zeiten niedriger Zinsen sind nicht getätigte Instandhaltung und Sanierung ein  
1183 großes Verlustgeschäft und machen die Stadt ärmer. Wir GRÜNE wollen daher das  
1184 pauschale Verbot der Nettokreditaufnahme streichen und so für die Stadt  
1185 Handlungsspielraum zurückgewinnen.

### 1186 Transparente Haushaltspolitik

1187 Wir GRÜNE wollen mehr Transparenz in den städtischen Haushalt bringen und die  
1188 politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung stärken. Die Stadt  
1189 Mannheim hatte bereits mit einem Beteiligungshaushalt im Jahr 2015 begonnen, der  
1190 auf große Resonanz gestoßen ist. Dieser Prozess wurde im Jahr 2017 leider nicht  
1191 fortgeführt. Wir wollen den Bürger\*innen die Möglichkeit geben sich auch bei den  
1192 wichtigsten Entscheidungen auf kommunaler Ebene einzubringen. Die städtischen  
1193 Beteiligungen stellen ihre Bilanzen bisher nur nach den gesetzlich  
1194 vorgeschriebenen kaufmännischen Regeln auf. Das bedeutet, dass diese Bilanz nur  
1195 die ökonomischen Ergebnisse des Unternehmens darstellen und soziale und  
1196 ökologische Auswirkungen ausgeblendet werden. Als Stadt, die sich der  
1197 Nachhaltigkeit verpflichtet sieht, kann die kaufmännische Bilanzierung allein  
1198 nicht ausreichen. Wir GRÜNE konnten den Einstieg in die Gemeinwohlbilanzierung  
1199 für zwei Beteiligungen durchsetzen. Dies muss nun zügig umgesetzt werden. Wir  
1200 wollen dann die Ergebnisse auswerten und auf der Grundlage der Auswertung dann  
1201 Stück für Stück die weiteren städtischen Beteiligungen, beginnend mit der GBG  
1202 und dem Uniklinikum, in die Gemeinwohlbilanzierung einbeziehen.

### 1203 Divestment - die Stadt muss vorangehen

1204 Auch bei städtischen Geldanlagen müssen mehr Faktoren als nur die Rendite  
1205 berücksichtigt werden. Wir wollen prüfen, wo städtische Gelder in umwelt- und  
1206 klimaschädlichen Bereichen angelegt sind und dann Stück für Stück aussteigen.  
1207 Wir GRÜNE setzen uns für Divestment bei klimaschädlichen Aktivitäten ein. Die  
1208 indirekte städtische Beteiligung am Kohlekraftwerk des GKM steht dabei ganz oben  
1209 auf der Liste des Divestments.

### 1210 Neuordnung der städtischen Beteiligungen

1211 Insgesamt wollen wir die städtischen Beteiligungen neu strukturieren. Die Stadt  
1212 Mannheim hat eine enorme Anzahl von Beteiligungen, vom Verkehrsunternehmen über  
1213 das Universitätsklinikum bis hin zur Wohnungsbaugesellschaft. Über Jahrzehnte  
1214 haben sich Strukturen gebildet, die nun teilweise nicht mehr angemessen sind.  
1215 Die bisherige städtische Beteiligungsgesellschaft (SMB) hat ihre steuersparende  
1216 Funktion verloren und kann als Holding aufgelöst werden. Wir GRÜNE wollen die  
1217 Beteiligungen der Stadt neu ordnen und auch das Controlling dieser Beteiligungen  
1218 neu strukturieren. Die Beteiligungen der Stadt sollen zukünftig stärker die  
1219 städtischen Ziele verfolgen. Die seit Jahren ausstehenden strategischen  
1220 Entwicklungspläne für die Tochterunternehmen der Stadt müssen endlich angegangen  
1221 werden.

#### 1222 Daseinsvorsorge ist Aufgabe der Stadt

1223 Nicht zur Debatte steht für uns der Bereich der Daseinsvorsorge. Die  
1224 Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Kommunen. Dazu gehören  
1225 selbstverständlich die wichtigen Bereiche der Krankenversorgung und die  
1226 Sicherstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. In Mannheim werden diese  
1227 bedeutenden Aufgaben durch das Universitätsklinikum (UMM) und die  
1228 Wohnungsbaugesellschaft GBG umgesetzt. Wir GRÜNE wollen diese dauerhaft  
1229 absichern und werden uns konsequent gegen Verkauf und Privatisierung dieser  
1230 wichtigen städtischen Tochtergesellschaften stellen

1231

#### 1232 Fairer Umgang mit freien Trägern und Zuschussempfängern

1233

1234 Die Stadt Mannheim erledigt nicht alle ihre Aufgaben selber, sondern vergibt  
1235 gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben an Dritte - gerade im Sozial- und  
1236 Jugendbereich. Dafür zahlt die Stadt diesen Institutionen einen Zuschuss. In  
1237 vielen Fällen, gerade bei kleineren Trägern, wurde dieser Zuschuss einmal  
1238 festgesetzt und danach über viele Jahre nicht mehr erhöht. Mit dem Zuschuss wird  
1239 aber in den meisten Fällen Personal finanziert. Die Träger geraten finanziell  
1240 unter Druck und müssen zu Lasten des Personals sparen. Das wollen wir beenden.  
1241 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Personalkostenzuschüsse an Dritte  
1242 dynamisiert werden, also analog der Personalkostensteigerungen erhöht werden.  
1243 Unser Ziel sind nicht nur faire Arbeitsbedingungen bei der Stadt selbst, sondern  
1244 auch bei denjenigen, die für die Stadt Aufgaben erledigen.